

Kommentare. Berichte. Analysen.

BDS.

www.bds-dgv.de

Mai 2017

Der Selbständige

Offizielles Organ des Bundesverbandes der Selbständigen e.V.



Großabnehmerrabatt
ABRUFSCHEIN
Sonderkonditionen
für Neuwagen
der Marke Toyota
Seite 11



BDS-Regional
MATHAISEMARKT
Wirtschaftsministerin
Dr. Hoffmeister-Kraut stärkt
Mittelstand den Rücken
Seite 18



Abteilung Attacke eröffnet

Christian Lindner verteilt „Nettigkeiten“: Schulz gibt auf relevante Fragen falsche Antworten – und: Merkel hat Deutschland narkotisiert



BranchenLösungen
leben.

Branchen im Fokus.

Betriebliche Altersversorgung – individuelle Lösungen für Ihre Branche im Fokus.

Sie sind Arbeitgeber?

Und wollen Ihren Arbeitnehmern eine betriebliche Altersversorgung anbieten, die sowohl die Belange Ihrer Branche berücksichtigt als auch attraktiv ausgestaltet ist? Dann entscheiden Sie sich für die Allianz. Gestalten Sie mit uns gemeinsam den perfekten Rahmen für die Vorsorge Ihrer Mitarbeiter.

Sie sind Arbeitnehmer?

Und wollen eine attraktive Betriebsrente? Eines steht fest: Mit der Allianz an Ihrer Seite haben Sie einen starken Partner, der Sie beim Aufbau Ihrer individuellen Altersvorsorge gemeinsam mit Ihrem Arbeitgeber unterstützt.



Alle Vorteile unter:
business.allianz.de/branchenloesungen

Allianz 

Wer den Nach-Rausch der Schulz-Krönungsmesse vom vergangenen Sonntag genießen möchte, der muss nur auf www.spd.de klicken. Dort strahlt einem Sankt Martin entgegen und schreit einen die Schlagzeile regelrecht an: „100 Prozent Gerechtigkeit.“ Da kommt man sofort ins Grübeln: Wie misst man eigentlich Gerechtigkeit in Prozent? Bedeuten 80 Prozent Gerechtigkeit schon Ungerechtigkeit? Vor allem aber: Was kann Politik noch leisten, wenn das Plansoll 100 Prozent Gerechtigkeit erfüllt sein sollte? Fragen über Fragen – doch damit lassen Martin Schulz und seine Sozialdemokraten uns leider allein.

In einem Punkt herrscht jedenfalls Klarheit: Der SPD-Dreisatz lautet in Woche 8 nach der Schulzschen Thronbesteigung Gerechtigkeit, Respekt und Würde. Zugegeben, von Gerechtigkeit und Würde haben auch andere Kanzlerkandidaten der Sozis schon gesprochen. Aber keiner intoniert das mit so viel Schmelz in der Stimme wie der neue „Gottkanzler“. Gleich 15 Mal kam in seiner Sonntags-Predigt Gerechtigkeit vor, auch 15 Mal war von Respekt die Rede. Die Würde schnitt da mit 4 Mal etwas schlechter ab. Doch Letzteres war sicher eher Zufall.

Schulz kämpft für Gerechtigkeit, es soll bei uns gerechter zugehen, auch für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung wird der Heilsbringer aus Würselen sorgen. Ein Stück gerechter soll Deutschland werden, selbst die Infrastruktur ist laut Schulz eine Gerechtigkeitsfrage, soziale Gerechtigkeit für ihn eine Selbstverständlichkeit. Und überhaupt: Mehr Gerechtigkeit führt auch zu einem neuen Miteinander. So gerecht, so gut.

An Respekt soll es im neuen Deutschland, im Schulzland, ebenfalls nicht mangeln. Respekt vor Lebensleistungen, Respekt vor der Arbeit der Feuerwehrleute, Respekt vor Menschen, die hart arbeiten und sich an Regeln halten, Respekt vor Kindern, Eltern und Großeltern. Damit auch klar ist, dass 100 Prozent Respekt genauso wichtig sind wie 100 Prozent Gerechtigkeit, machte es Schulz ganz deutlich, sozusagen hundertprozentig: „Es ist die Sozialdemo-



von Dr. Hugo Müller-Vogg

kratische Partei Deutschlands, die dafür sorgen muss, dass jeder einzelne Mensch, jeder Mann, jedes Kind, jede Frau im Mittelpunkt unseres Denkens und im Mittelpunkt unseres Handelns stehen. Ich möchte, dass

Hugo Müller-Vogg war Mitherausgeber der *FAZ*, *Bild*-Kolumnist und ist heute gefragter Gesprächspartner der Nachrichtensender *n-tv*, *N24* und *Phoenix*

der einzelne Mensch Respekt bekommt.“

Jeder Mann, jede Frau, jedes Kind – hat Schulz da nicht etwas vergessen? Richtig, Schulz hat ganz übersehen, dass die Aufteilung der Menschheit in Männlein und Weiblein genau das Gegenteil von Fortschrittlichkeit ist. Ach, hätte er doch nur im Koalitionsvertrag des rot-rot-grün regierten Berlin nachgeschaut, dann wäre ihm dieser Rückfall in stockkonservative Zeiten nicht passiert. Dort heißt es: „In Berlin leben eine große Vielfalt von Lebensentwürfen und starke Communities von Lesben, Schwulen, Bi- und Transsexuellen, Transgendern, Intersexuellen und Menschen, die sich als Queer verstehen (LSBTTIQ*). (...) Die Förderung von Selbstbestimmung, Selbstorganisation und die Akzeptanz unterschiedlicher Lebensentwürfe in ganz Berlin werden die Arbeit der Koalition bestimmen.“ Also, beim nächsten Mal muss Schulz seine Respekt-

Formel deutlich erweitern: Jeder einzelne Mensch, jeder Mann, jedes Kind, jede Frau, jede Lesbe, jeder Schwule, jeder Bi- und Transsexuelle, jeder Intersexuelle, jeder Queer- und Transgender-Mensch sowie alle übrigen Angehörigen der LSBTTIQ*-Community sollen künftig im Mittelpunkt stehen. So viel Zeit muss schon sein.

Auch Würde ist für Martin Schulz ganz wichtig. Über den Dreiklang von Gerechtigkeit, Respekt und Würde hinaus ist Bildung für ihn Würde und auch die Altersrente hat etwas mit Würde zu tun. Fragt sich nur, wie man Würde und Gerechtigkeit voneinander unterscheiden kann oder soll. Wieso eigentlich ist laut Schulz die Rentenhöhe eine Frage der Würde, der Abbau des Lohngefälles zwischen Männern und Frauen aber eine solche der Gerechtigkeit? Schulz hat ja schon manchen „Arbeitsauftrag“ an sozialdemokratische Bundesminister vergeben. Vielleicht könnte er ja einen der SPD-Wissenschaftsminister in den Ländern mal darüber nachdenken lassen, ob sich Würde und Gerechtigkeit nicht auch als zwei Seiten derselben Wahlkampfmedaille interpretieren ließen – und zwar mit Blick auf jeden einzelnen Mann, jede einzelne Frau, jedes einzelne Kind und jede einzelne LSBTTIQ*-Mitbürger*in.

Gerechtigkeit, Würde und Respekt – nichts wurde von Schulz so sehr beschworen wie diese drei Schlüsselbegriffe. Allerdings: Neben sozialdemokratisch und Sozialdemokraten benutzte er ein Wort besonders häufig – „ich“. Gleich 108 Mal schallte sein „ich werde“ oder „ich will“ durch die Halle. Spätestens da wurde klar, dass mit der Schulz-SPD wirklich „die neue Zeit“ zieht. Wie kleinlaut hatte vor vier Jahren da „Das WIR entscheidet“ des Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück geklungen. Und wo ist er mit seinem Solidaritätsappell gelandet? Bei kläglichen 25,7 Prozent. Das soll Martin Schulz nicht passieren. Der setzt mit jeder seiner immer etwas übertriebenen Gesten, mit jedem seiner auf Ewigkeitswirkung bedachten Worte auf das große ICH – natürlich im Respekt vor jedem Einzelnen und im Geiste hundertprozentiger Gerechtigkeit. ■

Erstveröffentlichung: www.cicero.de

Gerechtigkeit, Respekt, Würde – und 108 Mal „ICH“

In seinem
Düsseldorfer
Landtagsbüro
empfangt
FDP-Chef
Christian Lindner
die BDS-
Präsidenten
Günther Hieber
und Hans-Peter
Murmans



Abteilung Attacke eröffnet

FDP-Chef Christian Lindner verteilt „Nettigkeiten“: Schulz gibt auf relevante Fragen falsche Antworten – und: Merkel hat Deutschland narkotisiert

Christian Lindner muss im Wahljahr 2017 gleich vier Aufgaben schultern: Chef der Bundespartei, Fraktions- und Landesvorsitzender in Nordrhein-Westfalen und dort – wie im Bund – auch noch Spitzenkandidat. „Mehr Lindner geht nicht, es sei denn, er wäre auch noch Ehrenvorsitzender und Generalsekretär“, schrieb *Spiegel online* durchaus respektvoll.

Gleichwohl wirkt der FDP-Frontmann entspannt und überhaupt nicht gestresst, wie BDS-Präsident Günther Hieber, sein Vize Hans-Peter Murmann und Hauptgeschäftsführer Joachim

„Es gilt, in NRW den politischen Wechsel herbeizuführen, weil das Land im ‚Status quo‘ verwaltet wird.“

Schäfer anlässlich des turnusmäßigen Gedankenaustausches in Lindners Düsseldorfer Landtagsbüro feststellen konnten. Kein Wunder: Prognostizieren doch die Demoskopen der FDP den Wiedereinzug in den Deutschen Bundestag und bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen ein zweifelhaftes Ergebnis.

Staatsprogramme auf Pump

Angesprochen auf den Hype, den der neue Spitzenmann der SPD, Martin Schulz, hervorgerufen habe, und wie er den Höhenflug der Sozialdemokraten bewerte, überraschte Christian Lindner mit der

Aussage, dass ihn der Rummel um Martin Schulz überhaupt nicht verblüffe. Nach seiner Ansicht löse sich nunmehr der Affektstau auf, der sich wie Mehltau über die deutsche Politik gelegt und der Deutschland durch Merkels angebliche Alternativlosigkeit nahezu narkotisiert habe. Schulz dagegen trete engagiert und leidenschaftlich auf – „auch wenn er auf relevante Fragen leider falsche Antworten gibt“. Was Schulz in der Sache sage, erinnere ihn an die Politik von Francois Hollande, betonte Lindner. Der SPD-Kanzlerkandidat fordere mehr Steuern für den Mittelstand, wolle Arbeitslo-



sigkeit durch mehr Staatsprogramme und somit auf Pump lösen sowie die Wirtschaft erneut mit bürokratischen Vorgaben überziehen. Das Ergebnis dieser Politik zeige sich in Frankreich überdeutlich: „Die Wirtschafts- und Finanzpolitik unseres wichtigsten Verbündeten liegt in Trümmern.“ Paradoxe Weise – so Lindner weiter – gebe es jetzt in Frankreich einen Präsidentschaftskandidaten namens Emmanuel Macron, der erreichen wolle, dass sich Frankreich mit sozial- und wirtschaftsliberalen Positionen Deutschland annähere. „Und wir haben den SPD-Kanzlerkandidaten Schulz, der will, dass Deutschland französischer wird“, ironisierte Christian Lindner.

Absage an Ampel-Koalition

Für die BDS-Vertreter aus NRW Hans-Peter Murmann und Joachim Schäfer war es von besonderem Interesse zu erfahren, ob sich die FDP nach der Landtagswahl in NRW neu aufstellt und wo künftig Lindners Platz sein wird – in Düsseldorf oder in Berlin.

Sein Platz werde nach der Bundestagswahl in Berlin sein, machte Lindner deutlich. Gleichwohl gelte es, in Nordrhein-Westfalen den politischen Wechsel herbeizuführen, weil das Land nach seiner Ansicht im „Status quo“ verwaltet werde. Es gebe keine

wirtschaftliche Dynamik mehr und bei der Armutsstatistik sowie der Bildungsqualität stehe das Land nach sieben Jahren Rot-Grün im unteren Tabellendrittel. Für seine Partei stünden Entbürokratisierung, ein investitionsfreundliches Klima, eine leistungsorientierte Bildungspolitik und ein handlungsfähiger Rechtsstaat ganz oben auf der Prioritätenliste, hob Lindner hervor und erteilte daher einer Ampelkoalition aus SPD, FDP und Bündnisgrünen eine klare Absage.

Aufkündigung der Geschäftsgrundlage

Ob die FDP nach der Bundestagswahl in eine Koalition eintreten werde, ließ Lindner offen. Eine Regierungsbeteiligung werde es mit der FDP nur geben, wenn im Koalitionsvertrag hinreichend viele Inhalte des FDP-Programms umgesetzt würden. Eine Situation wie im Mai 2010, als Bundeskanzlerin Merkel in der bürgerlich-liberalen Koalition die Steuersenkungspläne der FDP vom Tisch gewischt hatte, würde mit ihm in Verantwortung sofort zu Konsequenzen führen, bekräftigte Lindner seine Haltung und sprach dezidiert von der Aufkündigung der Geschäftsgrundlage. Allerdings zeige sich heute, dass die Regierungszeit von 2009 bis 2013 mit FDP-Beteiligung besser gewesen sei, als ihr Ruf. „Eine solch chaotische Flücht-

lingspolitik hätte es mit der Rechtsstaatspartei FDP nicht gegeben.“ Gleiches gelte für griechische Finanzhilfen ohne Beteiligung des IWF und für die Eingriffe von Schwarz-Rot in die Soziale Marktwirtschaft – angefangen von der Rente mit 63, über die chaotische Energiewende bis zur Arbeitszeitdokumentationsverordnung beim Mindestlohn.

Rentenpläne: Schwere Hypothek

BDS-Präsident Hieber bat Christian Lindner, alles Menschenmögliche in Regierungsverantwortung zu tun, die Rentenpläne von Arbeitsministerin Andrea Nahles zu verhindern. Hieber wörtlich: „Obwohl die letzte Rentenreform noch nicht finanziert ist, wird schon die nächste Rentendebatte durchgeführt, die naturgemäß nicht zum Nulltarif zu haben ist. Dies alles bedeutet eine schwere Hypothek für die nachfolgende Generation.“

Der Name Nahles und der Begriff Rentenreform in einem kausalen Zusammenhang genannt, scheinen für Christian Lindner ein rotes Tuch zu sein. Seine sonst so ruhige Gesprächsführung wurde durch die Abteilung Attacke abgelöst: „Das Konzept von Andrea Nahles, das 25 Prozent Rentenversicherungsbeitrag in der Spitze beinhaltet, ist eine Bedrohung für den Wirtschaftsstand- ▶

„Eine Regierungsbeteiligung wird es mit der FDP nur geben, wenn im Koalitionsvertrag hinreichend viele Inhalte des FDP-Programms umgesetzt werden.“

ort Deutschland und die fleißige Mittelschicht.“ Statt auf eine Stärkung der privaten Altersvorsorge Wert zu legen, bürde Nahles der Generation unter 25 Jahren eine Last auf, die nicht mehr zu schultern sei. Er wünsche sich unter anderem eine Stärkung der privaten Vorsorge durch die Förderung des Eigentums auf dem Wohnungsmarkt. „Eine eigene Immobilie und damit das mietfreie Wohnen ist der beste Garant gegen Altersarmut“, argumentierte Lindner. Deshalb fordere er einen Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer von 500 000 Euro für die selbstgenutzte Immobilie. Das sei eine unbürokratische Maßnahme zur Stärkung des Eigenkapitals, was naturgemäß auch die Hypothekenbelastung senken würde.

Solidaritätszuschlag absenken

Günther Hieber regte an, zur Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums auch den § 7b wieder einzuführen, um so auch Geringverdienern die Möglichkeit zu geben, eine Immobilie zu erwerben. Christian Lindner sicherte zu, Hiebers Anregung bei weiteren Beratungen innerhalb seiner Parteigremien zu berücksichtigen. Auch beim Solidaritätszuschlag hat die Nr. 1 der FDP Großes vor. Rückwirkend ab dem 01. Januar 2017 würde er am liebsten alle Einkommen unter 50 000 Euro Jahreseinkommen vom Soli freistellen, weil die aufzuwendende Summe genau die finanzielle Größenordnung sei, die dem Haushaltsüberschuss im Bund zur Verfügung stehe. Ab dem Jahr 2018 soll dann im nächsten Schritt auch für Einkommen über 50 000 Euro Jahreseinkommen eine Absenkung erfolgen und im Jahr 2019 der Solidaritätszuschlag – wie ursprünglich vereinbart – mit Beendigung des Solidarpaktes II



„Das Rentenkonzept von Andrea Nahles, das 25 Prozent Rentenversicherungsbeitrag in der Spitze beinhaltet, ist eine Bedrohung für den Wirtschaftsstandort Deutschland und die fleißige Mittelschicht.“

komplett entfallen. Das Hauptargument für diese Steuerentlastung ist für Christian Lindner ein Logisches: Über den Solidaritätszuschlag kann ohne Zustimmung des Bundesrates entschieden werden. Soll heißen: Die Bündnisgrünen als Steuerentlastungsverweigerer wären außen vor.

Vermögenssteuer ist Neidsteuer

Die Pläne des SPD-Kanzlerkandidaten Schulz, im Konzert mit den Bündnisgrünen und der Linkspartei, die Vermögenssteuer zu implementieren, um so ein sogenanntes Gerechtigkeitsproblem anzugehen, stößt ebenfalls auf die harte Kritik des FDP-Spitzenkandidaten, weil die Vermögenssteuer nach seinen Worten „nichts anderes als eine Neidsteuer ist“. Statt den Mittelstand, den fleißigen Handwerker oder den gut verdienenden Ingenieur finanziell zu belasten, sei seine Vorstellung von Gerechtigkeit eine andere, als die von Schulz, unterstrich Lindner. Er denke vielmehr an Unternehmen wie Apple, Facebook, Google und Amazon, die auf ihre

Milliardengewinne vielfach keine Steuern zahlten. „Die müssen wir zur Kasse bitten.“

Der letzte Punkt bei dem Gedankenaustausch zwischen Christian Lindner und den BDS-Vertretern Hieber, Murmann und Schäfer galt der Thematik, den Bildungsföderalismus zu hinterfragen. Lindner hatte dies einmal sehr plastisch formuliert: „Der Bund darf zwar Schulen in Botswana sanieren, aber nicht in Bottrop und Bielefeld.“

Bildungsföderalismus hinterfragen

Hans-Peter Murmann stellte heraus, dass es aus Sicht des Verbandes notwendig sei, auch den Bund bei der Sanierung von Schulen oder bei anderen Bildungsaufgaben zu beteiligen und ihm ein Mitspracherecht einzuräumen. Auch bei diesem Thema untermauerte der liberale Polit-Profi, dass BDS und Freidemokraten auf einer Linie liegen: „Der Bildungsföderalismus passt nicht mehr in die Zeit.“ Aber noch für viel wichtiger hielte er eine höhere Anerkennung der beruflichen Bildung, sagte Christian Lindner. Eine Akademikerquote von 50 bis 60 Prozent halte er für eine gefährliche Entwicklung. Es gelte, in die Länder ein Signal zu senden, zum Beispiel die Laufbahn bei der Polizei wieder für Menschen ohne Abitur zu öffnen, weil auch ein guter Realschüler ein guter Polizist werden könne – so wie dies früher einmal der Fall gewesen sei. Dann würde der Staat nach seinem Dafürhalten zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Der Personalbedarf bei der Polizei könne auch in einer Zeit des Fachkräftemangels gedeckt und ein klares Bekenntnis abgelegt werden, dass ein sinnvolles Berufsleben nicht erst ab dem Abitur beginnt. A.S. ■

MEHR ALS NUR EINE WERBEAGENTUR!



(0231) 33874133
(0231) 2265788
info@k6-medien.de



Grafik | Print | Softwarelösungen | Web | Business View | IT-Solution

www.k6-medien.de



TOYOTA

NICHTS IST UNMÖGLICH



DER AVENSIS TOURING SPORTS. STIL. SICHERER. GESCHÄFTSPARTNER.

Serienmäßig sicher mit Toyota Safety Sense und Pre-Collision-System.

Exklusive Leasing Sonderkonditionen für bezugsberechtigte Mitglieder des Bundesverbandes der Selbständigen.

BDS.

Bundesverband der Selbständigen

Toyota **Business Plus**

0,- €*

Leasingsonderzahlung

TOYOTA SERVICE LEASING

290 €* Monatlich

Technik-Service-Rate **17,16 €***** (Wartung und Verschleißreparaturen).

AVENSIS TOURING SPORTS EDITION-S

- 17"-LEICHTMETALLFELGEN
- NAVIGATIONSSYSTEM TOYOTA TOUCH&GO2
- RÜCKFAHRKAMERA • 4,2"-TFT-MULTI-INFO-FARBDISPLAY
- KLIMAAUTOMATIK • SITZHEIZUNG VORNE
- SMART-KEY-SYSTEM
- TOYOTA SAFETY SENSE U.A. MIT PRE-COLLISION SYSTEM

- ELEKTRISCHE FENSTERHEBER VORNE UND HINTEN
- AUSSENSPIEGEL, ELEKTRISCH EINSTELL- UND BEHEIZBAR
- DACHREILING • 7 AIRBAGS (INKL. KNIEAIRBAG FÜR FAHRER)
- LENDENWIRBELSTÜTZE FÜR FAHRER, ELEKTRISCH EINSTELLBAR
- USB-SCHNITTSTELLE MIT IPOD-STEUERUNG
- VOLL-LED-SCHWEINWERFER • LED-TAGFAHRLICHT
- RÜCKSITZLEHNE IM VERHÄLTNISS 60:40 GETEILT UMKLAPPBAR

*Unser Toyota Service Leasing Angebot¹ für den Avensis Touring Sports Edition-S 2,0-l-D-4D, 6-Gang-Schaltgetriebe. Leasingsonderzahlung 0,00 €, Vertragslaufzeit 36 Monate, Gesamtleistung 60.000 km, 36 mtl. Raten à 290,34 €, Technik-Service-Rate à 17,16 €.

Kraftstoffverbrauch Avensis Touring Sports Edition-S 2,0-l-D-4D, 6-Gang-Schaltgetriebe, innerorts/außerorts/kombiniert 5,7/4,0/4,6 l/100 km, CO₂-Emissionen kombiniert 120 g/km. Abbildung zeigt Sonderausstattung.

¹ Ein unverbindliches Angebot der Toyota Leasing GmbH, Toyota-Allee 5, 50858 Köln. Entsprechende Bonität vorausgesetzt. Monatliche Leasingrate inklusive Technik-Service (Wartung und Verschleißreparaturen). **Gilt bei Anfrage und Genehmigung bis zum 28.02.2017.** Alle Angebotspreise verstehen sich auf Basis der unverbindlichen Preisempfehlung der Toyota Deutschland GmbH, Toyota-Allee 2, 50858 Köln, per Dezember 2016, zzgl. MwSt., zzgl. Überführung. Diese Aktion gilt nur für BDS Mitglieder in Verbindung mit einem gültigen Abrufschein des Toyota Rahmenabkommens Nr. 000272.



In der Europapolitik und bei der Diskussion um die Bewältigung der Flüchtlingskrise legt FDP-Chef Christian Lindner eine härtere Gangart gegenüber der jetzigen Bundesregierung an den Tag. Letzteres wurde besonders deutlich, als Christian Lindner in Berlin das Buch des Welt-Korrespondenten Robin Alexander über die Flüchtlingspolitik der Kanzlerin vorstellte. Lindner sprach davon, es mit „atemloser Spannung“ gelesen zu haben. Die FDP habe die Flüchtlingspolitik der Kanzlerin zwar von Anfang an kritisiert, die Kritik wäre aber noch härter ausgefallen, wenn er das Buch vorher gekannt hätte, fasste der FDP-Bundesvorsitzende die Ergebnisse der Recherchen von Robin Alexander zusammen.

? Welche neuen Einsichten haben Sie denn durch die Recherchen von Robin Alexander gewonnen, die Sie zu solch massiver Kritik veranlasst haben?

Christian Lindner: Wir haben die Flüchtlingspolitik ja immer kritisch gesehen. Jetzt wissen wir aber noch mehr. Von der Bundeskanzlerin haben wir gehört, die im Jahr 2015 erfolgte Grenzöffnung sei alternativlos gewesen. Durch die Recherchen erfahren wir aber, was sich innerhalb der Bundesregierung abspielte, als der Schutz der Grenzen aufgegeben wurde. Demnach gab es eine Erwägung in der folgenden Woche, die Grenzkontrollen wieder einzuführen. Es gab einen bereits ausgestellten Einsatzbefehl an die Bundespolizei, um die Landesgrenzen zu sichern. Es war nur niemand aus der Bundesregierung bereit, diesen Einsatzbefehl zu unterschreiben. Kurzum: Niemand in der Bundesregierung wollte Verantwortung übernehmen. So hat schlicht und ergreifend die mangelnde Courage der politisch Verantwortlichen zu diesem Kontrollverlust geführt. Zudem wurden

Mangelnde Courage der politisch Verantwortlichen

**FDP-Frontmann Christian Lindner zur Flüchtlingskrise:
Parlament und Öffentlichkeit wurden systematisch getäuscht**

Parlament und Öffentlichkeit systematisch über die wahren Hintergründe getroffener Entscheidungen getäuscht.

? Anlässlich der Buchvorstellung haben Sie Ihre Forderung nach einem Einwanderungsgesetz mit klaren Regeln erneuert. Wäre denn mit einem Einwanderungsgesetz nach Ihren Vorstellungen die Flüchtlingskrise verhindert oder gar bewältigt worden?

Christian Lindner: Sie wäre auf jeden Fall besser bewältigt worden. Nach unseren Vorstellungen sollen Flüchtlinge aus Kriegsgebieten einen vorübergehenden Schutz bekommen. Wenn deren Land aber wieder befriedet ist, muss die Rückkehr in das Heimatland die Regeln sein. Nach unseren Vorstellungen sollen Kriegsflüchtlinge gar nicht erst ein kompliziertes Asylverfahren durchlaufen, sondern sie sollen einen zeitlich begrenzten Aufnahmetitel unbürokratisch erhalten. Wer aber auf Dauer bleiben will, muss nachweisen können, dass er seinen Lebensunterhalt aus eigenen Mitteln bestreiten kann. Und sie müssen die deutsche Sprache beherrschen, weil dies ein Beleg für eine minimale kulturelle Integrationsbereitschaft ist. Wir sollten uns ein Beispiel an Kanada nehmen. Dort gibt es ganz genau definierte Vorgaben. Wer nur an einem Punkt diese nicht erfüllt, muss das Land verlassen. Der kanadische Ministerpräsident Trudeau hat eine ganz klare Vorstellung: Wer sich integriert, dem stehen in Kanada alle Möglichkeiten offen. Wer aber den Frieden stört oder nur sozialstaatliche Leistungen in Anspruch nehmen will, der muss das Land verlassen.

? Sie fordern einen Plan B für den Schutz unserer Außengrenzen. Wie sieht dieser Plan B aus?

Christian Lindner: Zunächst einmal dürfen wir uns nicht weiter von Herrn Erdogan erpressen lassen. Natürlich brauchen wir in der Flüchtlingsfrage eine Vereinbarung mit der Türkei. Aber wir brauchen auch entsprechende Vereinbarungen mit den Maghreb-Staaten. Der Deal lautet: Ihr nehmt eure Staatsbürger zurück, wenn diese illegal zu uns gekommen sind. Wenn ihr aber nicht partnerschaftlich agiert, dann fühlen wir uns auch nicht mehr an eine wirtschaftliche Zusammenarbeit oder an unsere Zusagen



bei der Entwicklungshilfe gebunden. Unabhängig von diesen Deals brauchen wir einen europäischen Grenzschutz, der in der Lage ist, die Kontrolle über unsere Außengrenzen wieder herzustellen. Die Agentur Frontex ist hierfür zu schwach ausgestattet. Ich stelle mir eine europäische Grenzpolizei mit einer Stärke von mindestens 15.000 Mann vor, die mit modernster technischer Ausrüstung ausgestattet ist und so illegale Grenzübertritte systematisch verhindern kann. Ich bin mir sicher, dass es für diese Vorstellungen innerhalb der EU eine Mehrheit gibt. Länder wie Ungarn, Polen oder Tschechien nehmen aus bekannten Gründen so gut wie keine Flüchtlinge auf, wären aber nach meiner Überzeugung mit Sicherheit bereit, sich an einer solchen Polizeitruppe zu beteiligen.

? Von der Grenzsicherung zur Europapolitik insgesamt. Der geordnete Ausstieg Griechenlands aus der Eurozone scheint für ihre Partei kein Tabu mehr zu sein. Wie wird sich die FDP nach der Wahl im September im Bundestag verhalten, wenn – wie in der

Vergangenheit geschehen – europäische Regeln ausgesetzt oder gar verletzt werden?

Christian Lindner: Wir wollen ein Europa im Geist von Freiheit und Recht. Gegenwertig erleben wir Bestrebungen, die auf eine Vereinheitlichung innerhalb Europas hinauslaufen: eine EU-Arbeitslosenversicherung, Eurobonds und gleiche Sozialstandards. Ein solches Europa produziert nur Verlierer und würde das gleiche Schicksal wie die Sowjetunion erleiden, weil die Verlierer dieser Politik nicht mehr bereit sein werden, diese Gleichmacherei mitzumachen. Dennoch stehe ich voll hinter der Europapolitik der FDP bis

zum Jahr 2013 und damit auch zu den Hilfen für Griechenland. Inzwischen ist die Situation aber eine andere. Der IWF ist nicht mehr bereit, sich finanziell an der Griechenlandhilfe zu beteiligen. Deshalb plädiere ich für einen griechischen Schuldenschnitt. Griechenland kann in der EU bleiben, aber verlässt die Eurozone und kehrt zur Drachme zurück. Dann hat das Land die Möglichkeit, abzuwerten, um wieder wettbewerbsfähig zu werden. Natürlich kann Griechenland auch mit weiteren Finanzhilfen aus Brüssel rechnen. Diese gelten dann als Subventionen und werden nicht für Rentengeschenke, sondern zweckgebunden für die Finanzierung des Mittelstandes und der Modernisierung der Infrastruktur eingesetzt. Dann hätten wir nicht nur Griechenland wieder auf einen besseren Weg gebracht, sondern auch der Eurozone einen Neustart ermöglicht. Zudem wäre ein solcher Schritt auch ein Signal an die italienische Regierung in Rom, dass man die eigene Wirtschaft in Ordnung bringen muss. Und es wäre ein Signal an die EZB, dass man die Niedrigzinspolitik und Politik des Anleiheaufkaufs beenden kann. ■



Mit Christian Lindner
sprach
Joachim Schäfer

Hieber: Mehr Beitragsgerechtigkeit für Selbstständige

BDS fordert Gleichbehandlung in der gesetzlichen Krankenkasse

„Seit mehreren Jahren fordern wir, die Ungleichbehandlung vor der gesetzlichen Krankenkasse, was Selbstständige und Arbeitnehmer betrifft, abzuschaffen“, sagt Günther Hieber, Präsident des BDS-Bundes- und Landesverbands Baden-Württemberg. Aktuell haben auch Gesundheitsexperten in einer Anhörung des Gesundheitsausschusses im Bundestag in dasselbe Horn geblasen. Sie erklärten, dass die jetzigen Regelungen, insbesondere bei Solo-Selbstständigen mit geringem Einkommen, zu unverhältnismäßigen Härten führen würden.

Seit Einführung der Krankenversicherungspflicht für alle setzt sich der BDS für mehr Gleichbehandlung von Selbstständigen im Verhältnis zu Arbeitnehmern bei den gesetzlichen Krankenkassen (GKV) ein. Insbesondere einkommensschwächere Selbstständige, meist Solo-Selbstständige, werden durch die ungleichen Beitragsbemessungen diskriminiert. Während es bei den Arbeitnehmern eine eurogenaue Abrechnung in der Beitragsbemessung ihrer gesetzlichen Krankenkassenbeiträge anhand ihres Lohns gibt, gelten 2017 bei freiwillig versicherten Selbstständigen nur drei Einstufungsklassen:

- Beitrag auf Basis der Beitragsbemessungsgrenze von 4.350 Euro monatlich mit/ohne Krankengeld-Anspruch und ggfs. individuellen Zusatzbeitrag der jeweiligen GKV in der Bandbreite von 719,23 Euro bis 793,88 Euro.

- Beitrag bei Nachweis eines niedrigeren Monatseinkommens als 2.231,25 Euro mit/ohne Krankengeld-Anspruch und ggfs. individuellen Zusatzbeitrag der jeweiligen GKV in der Bandbreite von 369,27 Euro bis 407,20 Euro.

- Gründungszuschuss oder Härtefall von 1.487,50 Euro mit/ohne Krankengeld-Anspruch und ggfs. individuellen Zusatzbeitrag der jeweiligen GKV in der Bandbreite von 246,18 Euro bis 271,47 Euro.

„Hier liegt die erste Ungerechtigkeit, ganz abgesehen von der Tatsache, dass die Selbstständigen sowohl Arbeitnehmer- wie



Günther Hieber

auch Arbeitgeberbeitrag bezahlen und die ‚Lohnfortzahlung‘ für die ersten 6 Wochen vorab erwirtschaften oder durch Zusatzversicherungen absichern müssen“, betont Hieber. „Wenn nun aktuell Sachverständige dieses Missverhältnis erneut aufgreifen, dann zeigt das, dass der Grundsatz der Beitragsgerechtigkeit nach Leistungsfähigkeit nicht gewährleistet ist und die kleinen Solo-Selbstständigen systematisch über die Beitragsordnung des GKV-Systems diskriminiert werden“, ergänzt Klaus Schäfer vom Landesverband Baden-Württemberg.

Von den mehr als vier Millionen selbstständigen Mittelständlern verfügen mehr als 700.000 - und hier insbesondere die Einzelkämpfer“ - monatlich netto über 1.000 Euro oder weniger. Ein Großteil dieser Selbstständigen ist freiwillig in der GKV versichert. Bei einem Nettoeinkommen (nach Abzug der Betriebsausgaben) von 1.000 Euro müssen diese zwischen 24,6% und 27,1% für ihre Gesundheitsversorgung aufbringen, während ein Arbeitnehmer 14,1% bis 15% minus Arbeitgeberanteil von 7 % bezahlt. Bei monatlich 700 Euro Verdienst steigt der Satz beim Selbstständigen auf 35,2% bis 38,8% an.

„Kein Wunder, sprechen wir heute von rund 6 Milliarden Euro Beitragsrückständen inklusive Säumniszuschlägen“, schlussfol-

gert Hieber und führt weiter aus: „Der GKV-Spitzenverband hat den Bemessungswert für sonstige Personen ohne Einkommen je nach Krankenkasse auf 991,67 Euro mit einem Beitrag bis maximal 175,03 Euro festgelegt. Da kann ich nur wiederholen: Die kleinen Selbstständigen werden nachhaltig über den Tisch gezogen und diskriminiert!“

Der BDS-Landesverband fordert daher vom Gesetzgeber:

- Ansatz der Mindestbeitragspflicht für einkommensschwache Selbstständige analog des Satzes für sonstige Personen ohne Einkommen.

- Weitere Zwischenstufen für die Beitragsbemessung bei Selbstständigen oder alternativ: genaue auf die realen Einnahmen abgestimmte Beitragsbemessung mit Vorauszahlungen analog dem Umsatzsteuerverfahren und der Endabrechnung auf Basis des jeweiligen Einkommensteuerbescheids.

- nicht nur Nachforderungen bei erhöhten Einkünften, sondern auch Erstattungen bei zu hoch angesetzten Vorauszahlungen.

- Verzicht auf die Anrechnung des Einkommens der Ehe- oder Lebenspartner, wenn eine niedrigere Beitragsstufe als die Stufe zwei vom Nettoergebnis zugrunde gelegt werden muss.

- Krankentagegeld entweder auf der Basis der fiktiven Beitragsbemessungsgrenze oder aber bei genauerer Beitragsberechnung auf Basis des real erwirtschafteten Einkommens vor Eintritt des Krankheitsfalles.

- Krankentagegeld auch für Rentner, die noch der Selbstständigkeit nachgehen müssen“, da in steigender Anzahl der Fälle ihre Rente nicht ausreicht, um die durch die Selbstständigkeit nach wie vor auch im Krankheitsfall entstehenden Fixkosten abzudecken. Dies auch unter dem Aspekt, dass ja dieses Zusatzeinkommen auch zur Beitragsbemessung herangezogen wird.

- Während beim Selbstständigen alle positiven Einkünfte (auch Mieteinnahmen, Zinsen u. a.) zur Beitragsermittlung herangezogen werden, sind beim Arbeitnehmer die Basis die jeweiligen Lohnzahlungen. ■

Text: Nadine Münch + Klaus Schäfer



BDS.

Großabnehmerrabatt für BDS-Mitglieder

Abrufschein für Kfz-Neuwagen zu Sonderkonditionen der Marke Toyota anfordern

Bitte senden Sie mir einen Abrufschein unter der von mir eingetragenen Firmenadresse und meinem Namen zu. Weitere Sonderkonditionen für Kraftfahrzeuge und für andere Produkte und Dienstleistungen finden Sie im geschütztem Bereich unter:
www.bds-dgv.de.

Bitte ankreuzen:

-  Von 18% (Lexus RX) bis zu 34% (ProAce) Nachlass je nach Fahrzeugmodell

Sie können den gewünschten Abrufschein anfordern unter:
Telefon: 0 30 / 28 04 91-0 · Telefax: 0 30 / 28 04 91-11 · E-Mail: info@bds-dgv.de

- Ich bin BDS-Mitglied. Mitgliedsnummer (falls zur Hand) _____

Vorname/Nachname

Straße

Firma

PLZ/Ort

E-Mail/Telefon

Datum/Unterschrift

In besonderer Verbundenheit zu Deutschland

Neue ambitionierte Internet-Zeitung des Meinungsjournalisten **Klaus Kelle**

Klaus Kelle ist seit mehr als 30 Jahren Journalist aus Leidenschaft: als leitender Redakteur bei verschiedenen Zeitungen (unter anderem für Medienhäuser wie Axel Springer und Gruner & Jahr), als politischer Berichterstatter im Berliner Abgeordnetenhaus und im nordrhein-westfälischen Landtag. Zudem hat er als Polizei- und Lokalreporter in verschiedenen Städten und Regionen Deutschlands einen tiefen Einblick in die bunten Facetten unserer Gesellschaft bekommen: so in besetzten Häusern in Berlin oder bei einer Großbrazzia in Thai-Bordellen. Er berichtete aus dem Weißen Haus in Washington und war hoch über den Wolken unterwegs mit Hans-Dietrich Genscher. Heute arbeitet Klaus Kelle als selbstständiger Medienunternehmer, als Kolumnist für *Focus-Online* und neuerdings als Chefredakteur einer ambitionierten Internet-Tageszeitung namens *TheGermanZ*.

Modernität und Weltoffenheit

Focus-Online charakterisiert Klaus Kelle als einen führenden und meinungsstarken konservativ-liberalen Vertreter der schreibenden Zunft. Umso verwunderlicher daher, dass Klaus Kelle sein jüngstes Kind *TheGermanZ* getauft hat – lehnt er doch in seinen Kommentaren und Kolumnen Anglizismen grundsätzlich als „denglisch“ ab. Klaus Kelle erläutert: Einerseits wollte die Redaktionskonferenz mit dem Namen der Zeitung die besondere Verbundenheit zu Deutschland herausstellen, aber andererseits nicht Gefahr laufen, mit einem Namen wie *Deutsche Stimme* oder ähnlich, sofort in die rechte Ecke gedrückt zu werden. Und deshalb habe man einen Namen erwählt, der einerseits eine Identifikation mit Deutschland assoziiere und andererseits Modernität und Weltoffenheit zum Ausdruck bringe.

Besonders stolz ist Klaus Kelle darauf, dass sein Redaktionsteam aus „Überzeugungstätern“ besteht – aus 15 freien Autoren, die allesamt dem bürgerlichen Spektrum zuzuordnen sind und in ihrer Spannweite Milieus aus Liberalen, Christdemo-



Focus-Online charakterisiert Klaus Kelle als einen führenden und meinungsstarken konservativ-liberalen Vertreter der schreibenden Zunft

kraten und Teilen der AfD bedienen. Vor allem aber will *TheGermanZ* die Themen aufreißen, die in den Mainstreammedien nur selten vorkommen oder unter den Tisch gekehrt werden. Das gelte besonders für eine kritische Würdigung der Zuwanderungs- und Flüchtlingspolitik und werde besonders deutlich beim Thema Lebensschutz, unterstreicht Kelle. Natürlich werden in *TheGermanZ* auch klassische Berei-

che wie Wirtschaft, Kultur, Sport und Lifestyle abgedeckt. Die Rubrik „Früher Vogel“ ist eine Kommentarspalte, für die Klaus Kelle verantwortlich zeigt und in der er den Untertitel von *TheGermanZ* „Andere Themen“ und „Andere Meinungen“ mit Leben füllt.

Und wie finanziert sich *TheGermanZ*? Vorwiegend aus Anzeigen. So kostet ein Banner im Titel, das eine Woche erscheint,

1200 Euro. Aber auch schon für 500 Euro kann man auf einer Nachrichtenseite seine Werbung platzieren.

Gleichwohl will Klaus Kelle in absehbarer Zukunft nichts dem Zufall überlassen. So liegen in seiner Schublade schon ausgereifte Pläne, *TheGermanZ* durch einen eigenen Fernseh- und Radiokanal via Internet zu ergänzen. Wichtig dabei: Sowohl *TheGermanZ* als auch der geplante Radio- und Fernsehkanal sollen nach wie vor frei zugänglich sein und nicht als Abo-Medium vermarktet werden. Die Richtigkeit dieser Philosophie drückt sich nach Klaus Kelles Überzeugung dadurch aus, dass bereits heute täglich über 20 000 Leser *TheGermanZ* aufrufen.

Politisch unkorrekte Themen

Umtriebiger wie Klaus Kelle ist, geht er neben der Chefredaktion von *TheGermanZ* noch dem Beruf des Medienberaters nach. Das eigene Unternehmen KelleCOM konzipiert und realisiert die Pressearbeit für namhafte deutsche Unternehmen – auch für mittelständische Betriebe. Doch damit nicht genug. Auch als Buchautor, der politisch unkorrekte Themen aufgreift, hat sich Klaus Kelle einen Namen gemacht. Sein neuestes Werk hat den Titel: *Bürgerlich, christlich, sucht ... – Biete Meinung statt Mitte*. Sein Buch handelt von alledem, was derzeit nach Kelles Meinung in die falsche Richtung läuft. Es beschreibt die Irrwege der politisch Verantwortlichen und das aufflammende Denunziantentum gegen alles, was nicht irgendwie „links“ ist.

Zitat: „Mit Messer und Gabeln essen – Rechtspopulist! In einen Gottesdienst ge-



Das Redaktionsteam von *TheGermanZ* besteht aus „Überzeugungstätern“ – aus 15 freien Autoren

hen – religiöser Fanatiker! Zuwanderer – alles Lehrer und Ingenieure!“

Und das Buch handelt von der latent wachsenden Bedrohung der individuellen Freiheit in Deutschland, vom Verlust der Werte, von lähmender politischer Korrektheit, von einem selbstverschuldeten Vertrauensverlust etablierter Medien und vom Versagen der Verwaltungskirchenapparate, „denen in Deutschland sichtbar jegliches Feuer für die Lehre des Zimmermanns namens Jesus Christus abhandengekommen ist“.

Klaus Kelle macht keinen Hehl daraus, dass die CDU seit 40 Jahren seine eigentliche politische Heimat war. War! Heute fühle er sich heimatlos, schreibt Kelle. Nicht, weil er seinen Standpunkt geändert habe, sondern andere ihren. A.S. ■



Kelles Buch handelt von der latent wachsenden Bedrohung der individuellen Freiheit in Deutschland

Der Verkauf im Onlinegeschäft boomt

Daher ist das Vermarkten und Verkaufen Ihrer Produkte im Internet unumgänglich. Durch das richtige Gesamtkonzept, passend zum Unternehmen, können Ihre Ansprüche und Bedürfnisse in einem Online-Shop abgedeckt werden. So steht Ihrem Erfolg nichts im Wege.

Jetzt kostenloses Angebot anfordern!

MEHR ALS NUR EINE WERBEAGENTUR!



(0231) 33874133
 (0231) 33896183
 info@k6-medien.de

ONLINESHOPS

SHOPSYSTEME

Grafik | Print | Softwarelösungen | Web | Business View | IT-Solution

www.k6-medien.de

Imageschaden durch unzureichende Qualität

Nur professionelle Strukturen garantieren eine erfolgreiche Internet-Präsenz

Immer noch gibt es viele Unternehmen, die fünfstellige Beträge in Zeitungskampagnen und Kinowerbung investieren, aber das Medium, in dem nahezu jeder Verbraucher Informationen sucht, sträflich vernachlässigen. Dabei hält das Internet große Chancen gerade auch für kleine und mittlere Unternehmen bereit. Ein weiterer Vorteil: Die Konkurrenzsituation ist meist etwas entspannter als in vielen anderen Medien.

Das Einzige, das heute ein Interessent von dem Unternehmen und dessen Angebot zu sehen bekommt, ist oft nur die Website. Eine unzureichende Qualität schadet massiv dem Image. Die Zeiten in denen es genügte, vom Neffen oder der Nachbarstochter die Firmen-Website erstellen zu lassen, diese ins Internet zu stellen und darüber Kunden zu erreichen, sind deshalb lange vorbei. Lieblos erstellte Texte und verwackelte Amateur-Fotos erzielen keine positiven Resultate. Und so wird der, der vorher bereits dachte, dass Internet-Marketing nichts bringt, dadurch fälschlicherweise auch noch bestätigt.

Heute benötigt es professionelle Strukturen, wenn man das große Potential, das für jedes Unternehmen im Internet schlummert, für sich nutzen möchte. Dann funktioniert es – wie in jedem anderen Bereich, in dem ein Fachmann bessere Resultate als ein gut meinender und engagierter Amateur erzielt.

Fünf Maßnahmen, die Ihre Internet-Präsenz zum Erfolg machen:

1. Bevor Sie mit Ihrer Website starten, verschaffen Sie sich Klarheit über Ihre Ziele und Ihre Zielgruppe. Was wollen Sie mit Ihren Aktivitäten im Internet erreichen? Welche Rolle soll Ihre Website dabei spielen? Wen genau wollen Sie damit ansprechen?

Ein Tipp: Wenn sich bei Ihrer Analyse mehrere unterschiedliche Zielgruppen herauskristalisieren, zum Beispiel weil Sie unterschiedliche Fachgebiete anbieten, kann es sinnvoll sein mit mehreren Websites zu arbeiten. Pro Ziel und Zielgruppe sollte man immer eine optimal passende Seite, eine sogenannte Landingpage, einsetzen.

2. Wenn Sie die Texte und Inhalte für Ihren Internet-Auftritt erstellen, denken Sie daran, Ihre Einzigartigkeit und den Nutzen für Ihre Zielgruppe eindeutig zu kommunizieren. Was sind Ihre Stärken? Was können Sie besonders gut, vielleicht sogar besser als alle Ihre Wettbewerber?

Beschreiben Sie den Nutzen, den Ihre potentiellen Kunden daraus ziehen können. Schreiben Sie nicht in erster Linie was Sie alles können, sondern was Ihr Kunde davon hat. Sprechen Sie Ihre Zielgruppe klar und deutlich an. Denken Sie immer aus der Sicht Ihrer Kunden.

3. Sorgen Sie dafür, dass Technik und Design Ihrer Website auf dem aktuellen Stand sind. Verwenden Sie qualitativ hochwertige Bilder und präsentieren Sie diese in einer ansprechenden Art und Weise. Die Investition in einen Profifotografen zahlt sich aus.



Mittlerweile ist ein Großteil Ihrer Website-Besucher mit Handy, Tablet oder Laptop in unterschiedlichsten Bildschirmgrößen unterwegs. Ein flexibles, mobiltaugliches und modernes Design sollte eine Selbstverständlichkeit sein. Eine Optimierung für verschiedene Ausgabegeräte ist heute Pflicht (Responsive Design).

Grundsätzlich muss alles auf Ihrer Website dabei helfen, die festgelegten Ziele zu erreichen und die festgelegte Botschaft zu unterstreichen. Bilder, Texte, Videos, das Design – alles soll auf die gleiche Aussage ausgerichtet sein.

4. Sie können bei den bisherigen Punkten alles richtig machen. Wenn die Besucher ausbleiben, läuft alles ins Leere. Sorgen Sie also dafür, dass passende Interessenten den Weg auf Ihre Seite finden.

Eine Suchmaschinen-Optimierung ist langfristig der kostengünstigste Weg regelmässig Besucher auf Ihre Website zu führen. Einträge in Branchen- und Regionalverzeichnissen verstärken diesen Effekt und sorgen für weitere Aufmerksamkeit.

Zusätzlich können Sie Besucher durch Klein-Anzeigen generie-

ren. Eine gut gemachte Google-AdWords-Kampagne ist hierfür die perfekte Wahl. Ihre Anzeige erscheint, wenn jemand nach den von Ihnen gebuchten Suchbegriffen sucht. Wer Nischen wählt, zahlt erstaunlich wenig pro Klick - und damit pro Website-Besucher.

Auch auf Facebook kann zielgruppengenau geworben werden. Damit können Social-Media-Aktivitäten unterstützt und verstärkt werden.

5. Zwischen dem ersten Besuch einer Website und dem tatsächlichen Kauf können Tage, Wochen oder sogar Monate liegen. Wem es nicht gelingt über diese Zeitspanne hinweg mit seinen Interessenten in Kontakt zu bleiben, wird die Auftragserteilung letztlich dem Zufall überlassen. Nutzen Sie E-Mail-Marketing um diesen Zeitraum zu überbrücken. Sie bleiben bei Ihren potentiellen Kunden in Erinnerung und positionieren sich als Experte auf Ihrem Gebiet.

Kundengewinnung im Internet ist ein Prozess

Abschließend möchte ich Sie darauf hinweisen, dass Kundengewinnung im Internet ein mehrstufiger Prozess ist, bei dem jedes Element seine ganz spezielle Aufgabe hat.

Eine Website ist keine einsame Insel. Sie ist im Idealfall in einen gut abgestimmten Marketing-Prozess eingebunden. Finden Sie passende Satelliten, über die Interessenten den ersten Kontakt mit Ihnen suchen. Das kann eine Fanpage bei Facebook, ein XING-Konto, ein YouTube-Kanal oder ein anderer Auftritt in den sozialen Medien sein.

Versorgen Sie die neuen Interessenten dort primär mit wertvollen Informationen aus Ihrem Fachbereich und laden sie auf Ihre Firmen-Website oder eine spezielle Landingpage ein. Hier wird Ihr Angebot genauer beschrieben und auch der Nutzen, den ein potentieller Kunde davon hat.

Das geeignete Werkzeug, um den Kontakt zu erhalten und zu vertiefen, ist E-Mail-Marketing. Sie bleiben im Gespräch und führen den Interessenten zur Kaufentscheidung.

Wenn Sie diese Schritte beachten, kann Ihre Internet-Präsenz eine stetig sprudelnde Quelle an neuen Interessenten und Kunden für Sie werden. Nutzen Sie die Möglichkeiten, die das Internet heute bietet. ■

Infos zum Autor:

<http://thomas-issler.com/thomas-issler/>

Parlamentarische Mehrheit sicher

Sofortabschreibung für geringwertige Wirtschaftsgüter auf 800 Euro angehoben

Eine langjährige Forderung des BDS, die Sofortabschreibung für geringwertige Wirtschaftsgüter auf 800 Euro anzuheben, wird nun in einen Gesetzestext gegossen.

Wie der Vorsitzende des Parlamentskreises Mittelstand, Christian Freiherr von Stetten, im PKM JOURNAL mitteilte, habe inzwischen auch die SPD zugestimmt, eine entsprechende Änderung mit dem sogenannten Lizenzschranken-gesetz des BMF vorzunehmen. Somit können künftig beispielsweise Mobiltelefone und Laptops oder anderes technisches Equipment mit einem Kaufpreis bis zu 800 Euro sofort im Jahr der Anschaffung vollständig steuerlich abgeschrieben werden. „Dies fördert Investitionen und reduziert bürokratischen Aufwand“, schreibt von Stetten. Da bereits im Vorfeld entsprechende Absprachen auch mit den Bündnisgrünen und der Linkspartei erfolgt seien, gehe er von einer großen parlamentarischen Mehrheit für die Maßnahme aus, so der CDU Politiker



Christian Freiherr von Stetten MdB

weiter. Eine Zustimmung des Bundesrates sei so auch gewährleistet und die neue Regelung könne dann zum 1. Januar 2018 wirksam werden.

Dagegen drohe aus den SPD-geführten Ministerien weiteres Ungemach für den Mittelstand, schreibt von Stetten weiter. Das Entgelttransparenzgesetz strotze nicht nur vor neuer Bürokratie, es sei auch nicht geeignet, etwaige Lohnungleichheiten zu beseitigen. Wenn man sich dennoch für das Gesetz entschlöße, sollte man sich aber an die Vereinbarungen des Koalitionsvertrages halten, wonach der Anwendungsbereich des Gesetzes nur für Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitern vorgesehen ist. Dass die Regelungen des Gesetzes bereits für Unternehmen mit mehr als 200 Mitarbeitern gelten sollen, sei für den PKM nicht akzeptabel, unterstrich von Stetten. ■

IMPRESSUM

Der Selbständige

ISSN 0946-3224

Offizielles Organ des Bundesverbandes der Selbständigen/Deutscher Gewerbeverband

Hrgs: Bundesverband der Selbständigen - Reinhardtstrasse 35, 10117 Berlin
Telefon (030) 280491-0/Fax -11

Redaktion: Joachim Schäfer (verantwortlich), Thomas Brüggemann, Anita Schäfer

Fotos: BDS/Archiv

Layout & © Titel: Joachim Schäfer
Erscheinungsweise: 10 x jährlich
Gerichtsstand und Erfüllungsort: Berlin

Bezugsbedingungen:

Die Zustellung des E-Papers ist durch den Mitgliedsbeitrag zum BDS abgegolten. Bei Nichterscheinen des E-Papers infolge höherer Gewalt bestehen keine Ersatzansprüche.

© by: Bundesverband der Selbständigen

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte, Vorlagen und Zeichnungen übernehmen wir keine Gewähr. Die Urheberrechte an Annoncen (bei eigener Gestaltung), Entwürfen, Fotos und Vorlagen sowie der gesamten grafischen Gestaltung bleiben Bundesverband der Selbständigen und dürfen nur mit ausdrücklicher, schriftlicher Genehmigung weiterverwendet werden.

Briefe und Manuskripte an:

Bundesverband der Selbständigen - Reinhardtstrasse 35, 10117 Berlin
Telefon (030) 280491-0/Fax -11
Internet: www.bds-dgv.de
E-Mail: info@bds-nrw.de

Hinweis: In allen Fällen, in denen die neue Rechtschreibung mehrere Schreibweisen zulässt, wird die von der Dudenredaktion empfohlene Schreibung angewandt.

Betriebliches Gesundheitsmanagement

Krank zur Arbeit: Wenn Leistungsdruck und Übereifer zur Gefahr werden

von Susanne Lücke

Wir alle kennen diesen einen Kollegen, der auch dann zur Arbeit kommt, wenn andere nicht einmal mehr den Weg zum Kühlschrank bewältigen würden. Egal ob mit Grippe oder psychisch vollkommen überlastet – dieser Kollege ist anwesend, zumindest physisch. Und dieses Verhalten hat einen Namen: Präsentismus. Doch es nützt weder dem Arbeitnehmer, noch dem Arbeitgeber. Und gerade dieser fördert Präsentismus häufig, wie eine Studie der Hochschule Coburg zeigt.

Führungsverhalten trägt zu dem Phänomen bei

Werfen wir mal einen Blick auf das Führungsverhalten in Unternehmen. Das Ergebnis einer Studie der Hochschule Coburg hat ergeben, dass:

- 33% der Führungskräfte ihre Mitarbeiter bei einer ernsten Erkrankung NICHT nach Hause schicken.
- 17% der Führungskräfte finden, dass man sich von häufig kranken Mitarbeitern trennen sollte.
- 10% der Führungskräfte ein Prämiensystem bei wenigen Krankheitstagen für ein geeignetes Steuerungsinstrument halten.

Das bedeutet, dass ein beträchtlicher Teil der Führungskräfte sich nicht genügend um die Gesundheit der eigenen Mitarbeiter sorgt. Stellt sich die Frage, wie die Manager es mit ihrer eigenen Gesundheit halten. Die Antwort ist ähnlich erschreckend: 58% der Befragten gehen auch mit einer mittelschweren Erkältung zur Arbeit, 29% arbeiten von zu Hause. Um die Vorbildfunktion ist es also noch schlechter bestellt.

Das zeigt, dass bei vielen Führungskräften noch nicht angekommen ist, dass die eigene Gesundheit und die Gesundheit der Mitarbeiter ein großer Erfolgsfaktor für das Unternehmen ist.

Leistungsdruck als Trigger für Präsentismus

In unserer Gesellschaft gilt immer noch die Anwesenheit als Leistungskriterium. Ohne einen 12-Stunden-Tag ist heute so manches Arbeitspensum einer Führungskraft nicht zu schaffen – erst außerhalb der Kernzeiten kommen diese dann ihren Führungsaufgaben nach. Innerhalb der Kernzeit erledigen



Foto: Andreas Bischof

Susanne Lücke ist Beraterin und Trainerin mit Schwerpunkt „Betriebliches Gesundheitsmanagement“

sie das Tagesgeschäft, wie Meetings und die tägliche E-Mail-Flut, die es schließlich auch noch zu bewältigen gilt. Das System frisst also seine eigenen Leistungsträger.

Doch hier eine gute Nachricht: Teilweise erfolgt bereits ein Umdenken, das äußert sich beispielsweise in der Implementierung eines betrieblichen Gesundheitsmanagements. Dass das nicht nur für die betroffenen Mitarbeiter, sondern auch für die wirtschaftliche Gesundheit des Unternehmens essenziell ist, zeigen folgende Zahlen.

Das kostet Präsentismus den Arbeitgeber

Der Kölner Wissenschaftsprofessor Wilfried Pause hat wiederholt festgestellt, dass kranke Mitarbeiter im Durchschnitt 40% weniger leisten. Das ist bei einer normalen 40-Stunden-Woche ein Verlust von 16 Stunden, was sich anhand des Gehaltes leicht in Geld umrechnen lässt. Auch die Wahrscheinlichkeit, dass aus Präsentismus eine langfristige, schwerere Erkrankung folgt, steigt mit den Tagen, die krank gearbeitet wird – und das ist für den Arbeitgeber dann richtig teuer. Ebenfalls können andere Mitarbeiter durch den kranken Kollegen angesteckt werden und so für weitere Ausfälle sorgen. Präsentismus kann im schlimmsten Fall also einen ganzen Rattenschwanz an Kosten nach sich ziehen.

Eine Studie der Unternehmensberatung Booz & Company für die Felix-Burda-Stiftung beziffert den wirtschaftlichen Schaden noch präziser: Die durchschnittlichen Kosten, die deutschen Unternehmen

pro Jahr und Arbeitnehmer durch krankheitsbedingte Fehlzeiten entstünden, beliefen sich auf 1199 Euro. Die Kosten für Präsentismus hingegen lägen bei 2399 Euro pro Jahr und Mitarbeiter – das Phänomen verursacht der Studie nach also doppelt so hohe Kosten wie ein gewöhnlicher Ausfall durch Krankheit.

Das können Arbeitnehmer und Arbeitgeber tun

Präsentismus ist ein komplexes Thema. Daher gibt es die EINE richtige Handlungsempfehlung nicht.

Heißt das Thema Krank zur Arbeit mit dem Risiko der individuellen Gesundheitsgefährdung – ist die Handlungsempfehlung: Erhöhung des Absentismus, um so den Genesungsprozess zu unterstützen und einer möglichen Chronisierung vorzubeugen.

Bei psychischen Erkrankungen empfiehlt die Arbeitsmedizin ein möglichst langes Verweilen am Arbeitsplatz bzw. eine zügige Wiederaufnahme der Arbeit. Das wird als bedeutsam für Prävention und Linderung bzw. Verbesserung gesehen. In diesen Fällen ist zwar mit Produktivitätseinbußen zu rechnen, dennoch lautet die Empfehlung hier ganz eindeutig: Präsentismus erhöhen.

Aus dem Blickwinkel der Bewertung der monetären Folgen der Abwesenheit vom Arbeitsplatz betrachtet lautet die Empfehlung: Implementierung eines betrieblichen Gesundheitsmanagements, verbunden mit dem Ausbau der betrieblichen Gesundheitsförderung. ■

Anzeige

FÖRDERUNGSGESELLSCHAFT des BDS-DGV mbH

Ihr kompetenter Partner im Beratungsprogramm
„Förderung unternehmerischen Know-hows“

Ausführliche Informationen im Internet unter www.foerder-bds.de oder
telefonisch unter **0228/210033**



Rede vor 1500 Festzeltbesuchern

Fotos: Marcus Schwetasch

Wirtschaftsministerin steht hinter dem Mittelstand

Dr. Hoffmeister-Kraut sprach auf dem Mathaisemarkt

„Es gehört zu den Kernaufgaben einer Wirtschaftsministerin, dem Mittelstand den Rücken zu stärken“, betonte Baden-Württembergs Wirtschaftsministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut zu Beginn ihrer Festzelt-Rede auf dem Mathaisemarkt in Schriesheim. So nahm sie auch BDS-Präsident Hiebers Forderung nach einer Fördermöglichkeit für Onlineplattformen von Gewerbevereinen sehr ernst und versprach, sich in Stuttgart damit auseinanderzusetzen. Am Montag, 6. März 2017, hat Hoffmeister-Kraut sich als dritte weibliche Festrednerin der traditionellen BDS-Mittelstandskundgebung in die prominente Liste von Rednern wie Lothar Späth, Helmut Kohl, Hans-Dietrich Genscher oder Winfried Kretschmann eingereiht.

Förderung von digitalen Vereinskaufhäusern

„Eine Förderung haben wir ja schon geschafft“, freute sich Hoffmeister-Kraut und spielte damit auf die aktuelle Wiedereinführung der Leistungsschauszuschüsse an, die die CDU-Fraktion nach Gesprächen mit der BDS-Führung ermöglicht hatte. „Um den Mittelstand erfolgreich zu digitalisieren, brauchen wir Fördermöglichkeiten für Gewerbevereine, die das Thema Online-Handel

z.B. in Form eines gemeinsamen virtuellen Kaufhaus-Projektes unterstützen“, sagte Günther Hieber, Präsident des BDS-Bundes- und Landesverbandes in seiner Rede. „Es ist meine Aufgabe, den Mittelstand auf dem Weg ins digitale Zeitalter zu unterstützen und zu begleiten“, antwortete Hoffmeister-Kraut mit einem positiven Wink. Der Mittelstand müsse in den kommenden Jahren in die Digitalisierung und die digitale Weiterbildung investieren. „Vor dem Hintergrund dieser Herausforderungen ist eine Vermögensbesteuerung absolut kontraproduktiv. Wer dies fordert, denkt kurzfristig und hat die Zukunft unseres Landes nicht im Blick“, gab sich Hoffmeister-Kraut kämpferisch. „Wir gehen Herausforderungen offensiv an. Im Mittelpunkt stehen die Digitalisierung und unsere 'Initiative Wirtschaft 4.0', der Technologie- und Wissenstransfer, die Fachkräftesicherung, unsere Gründungsoffensive und das Thema Unternehmensnachfolge sowie unser Strategiprojekt 'Perspektiven des Handwerks 2025' – um nur wenige Beispiele zu nennen.“

England muss enger Partner bleiben

Schon während der Pressekonferenz vor ihrem Festzeltauftritt bezog die Ministerin für

Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau klar Stellung zu zentralen Landesthemen wie dem geplanten Dieselfahrverbot in Stuttgart: „Wir waren gezwungen, zu handeln, haben zahlreiche Lösungen durchgespielt und uns auf die blaue Plakette geeinigt“, erklärte die Ministerin und führte fort: „Ich habe mich für Ausnahmeregelungen für Handwerker, den Lieferverkehr und auch die Anwohner persönlich stark gemacht!“ Günther Hieber dankte ihr sehr, eine Lanze für die Handwerker gebrochen zu haben und forderte, die Infrastruktur weiter auszubauen. „Man darf den Diesel nicht verbannen, es gibt noch andere Verursacher für den Feinstaub“, so Hieber.

Auch das Thema Brexit sprach die Ministerin an: „Wir brauchen nicht in Panik zu geraten. Ich plädiere für mehr Gelassenheit!“, beruhigte sie die Gemüter und berichtete von ihrem Delegationsbesuch in Großbritannien: „In England wünschen sich alle eine flexibles und pragmatisches Vorgehen. Die englischen Vertreter der Wirtschaft wollten den Brexit nicht!“ Aus Sicht unserer exportabhängigen Wirtschaft könne sie flexible und kluge Lösungsstrategien nur unterstützen. „Wir müssen alles daran setzen, dass England ein enger Partner bleiben wird!“, so Hoffmeister-Kraut. ■



Alle singen das Badnerlied

Foto: Marcus Schwetasch Die Schriesheimer Weinhoheiten



Hoffmeister-Kraut hat keine Berührungsängste



Beim Pressegespräch

Fotos: Marcus Schwetasch



Im Zelt der Gewerbeschau

Foto: Marcus Schwetasch

Unwirksam und existenzbedrohend

Hieber: Fahrverbote und blaue Plakette sind falsche Maßnahmen

In einer Pressemitteilung vom Februar sprach sich der Bund der Selbständigen Baden-Württemberg gegen die Pläne der baden-württembergischen Landesregierung aus:

Der Bund der Selbständigen Baden-Württemberg e.V. (BDS) protestiert gegen die beschlossenen Fahrverbote ab 2018 und die Pläne zur bundesweiten Einführung einer blauen Plakette. „Die Fahrverbote sind sozial ungerecht und wirkungslos. Wir halten die Maßnahmen für reinen Aktionismus“, betont Günther Hieber, Präsident des BDS-Bundes- und Landesverbands.

Zwar kommt in Baden-Württemberg noch nicht die blaue Plakette, dafür treten ab 2018 Fahrverbote in Kraft, so der Beschluss der grün-schwarze Landesregierung. „Davon abgesehen, dass wir die Wirksamkeit der Fahrverbote generell anzweifeln, weil sich allein dadurch Feinstaub nicht wirksam reduzieren lässt, können solche Beschlüsse für kleinere und mittlere Betriebe existenzbedrohend sein“, kritisiert der BDS-Präsident den politischen Beschluss. Neuesten Messungen zufolge kommen nur 1,9 Mikrogramm Feinstaub der Partikel-



Günther Hieber

größe PM10 aus den Auspuff-Rohren. 11,9 Mikrogramm hingegen entstehen durch Reifen-, Brems- und Straßenabrieb sowie deren Aufwirbelungen auf der Fahrbahn. Ein weiterer großer Anteil kommt von Holzheizungen und aus natürlichen Quellen wie Vulkanismus, Bodenerosionen oder biogenen

Quellen. „Mehr E-Autos und weniger Diesel ändern also nichts an den Feinstaubwerten“, folgert Hieber. „Wir hatten auf schlüssige Konzepte zur Verkehrsentwicklung und Straßenbelagserneuerung gehofft, stattdessen servieren uns die Politiker Kurzschluss-handlungen, die dem Wirtschaftsstandort massiv schaden werden.“

Jetzt brauchen wir kurzfristige und unbürokratische Ausnahmeregelungen, um die mittelständische Wirtschaft nicht noch weiter zu verunsichern, fordert Hieber. „Wir sind gegen eine bundesweite Einführung der blauen Plakette. Man kann nicht die deutschen Diesel-Fahrer zum Sündenbock der Nation machen.“ Die Einführung der blauen Plakette würde zu weiteren finanziellen Belastungen und die Fahrverbote zu massiven Einschränkungen bei den Unternehmen führen. „Noch vor nicht allzu langer Zeit haben unsere Mittelständler wegen Einführung der grünen Plakette teilweise ihren kompletten Fuhrpark erneuert mit hohem finanziellem Aufwand“, so Hieber. „Es kann doch nicht sein, dass diese Unternehmen nun schon wieder von der Politik in die Mangel genommen werden.“

Verbesserung der Insolvenzordnung

Prof. Dr. Fischer: „Mehr Rechtssicherheit für den Mittelstand!“

In einer Pressemitteilung begrüßte der Kreisvorsitzende des BDS Mannheim, Prof. Dr. Hans-Jörg Fischer, die Mitte März vom Bundesrat verabschiedeten gesetzlichen Verbesserungen bei Anfechtungen nach der Insolvenzordnung. In den letzten Jahren hatte sich zunehmend eine Praxis von Insolvenzverwaltern entwickelt, Zahlungen, die ein Schuldner einem Gläubiger bei Ratenzahlungsvereinbarungen oder aufgrund von Zwangsvollstreckungsmaßnahmen geleistet hatte, noch nach bis zu 10 Jahren von Gläubigern heraus zu verlangen. Dies war nach bisherigem Recht nach der Insolvenzordnung möglich. Damit wurden Selbständige und der Mittelstand mit unkalkulierbaren Risiken belastet. Noch



Jahre nach einer Geschäftsbeziehung konnte ein Insolvenzverwalter eine erhaltene Zahlung heraus verlangen, wenn der ehemalige Geschäftspartner sich später im Insolvenzverfahren befand.

Mit der gesetzlichen Änderung, die vom Bundeskabinett bereits im Herbst 2015 auf den Weg gebracht wurde, wird diese Rechtsunsicherheit nun überwiegend beseitigt. Zum einen wird die 10-Jahresfrist auf 4 Jahre verkürzt, zum anderen ist es nun ausdrücklich nicht mehr schädlich für den Gläubiger, wenn er Ratenzahlungsvereinbarungen mit dem Schuldner trifft. Prof. Dr. Hans-Jörg Fischer, der auch bei der CDU Mannheim für Wirtschaftsfragen zuständig ist, betonte hierzu: „Mit der Neuregelung werden Unternehmen künftig besser davor geschützt, vereinnahmte Umsätze nicht mehr herausgeben zu müssen. Dies ist ein wichtiger Meilenstein für mehr Rechtssicherheit im Mittelstand.“

BDS im Schaufenster

Tolle Idee vom BDS Mannheim-Seckenheim

Der Ortsverein Mannheim-Seckenheim ist sehr kreativ geworden und hat eine tolle Idee gehabt, Werbung für den BDS zu machen.

Wir möchten das Projekt als Best Practice-Idee für andere Vereine kurz vorstellen:

Das Leitungsteam, Petra Grotelüsch-Serafim, Rüdiger Lapsit, Grit Löffler-Baßmann und Heike Warlich-Zink, hat das BDS-Schaufenster Mitte März „in Betrieb genommen“ und bereits sehr viel positive Resonanz sowohl von seinen Mitgliedern als auch von Passanten erhalten. Letztgenannte bleiben häufig stehen, lesen und fragen nach.

Die Idee entstand in einer Vorstandssitzung im Dezember 2016 und wurde zeitnah umgesetzt. Ziel war es, öffentlichkeitswirksam an zentraler Stelle als BDS Präsenz zu zeigen. Dafür haben sie einen der vor wenigen Jahren neu angeschafften Roll-Ups als zentrales Element eingesetzt, der den BDS-Mannheim-Seckenheim im Kurzüberblick darstellt. Er wird mit anstehenden Aktionen und Infos „dekoriert“ – aktuell mit ihrer Frühlingsaktion. Das Team plant zudem, Fotos von zurückliegenden Events und Aktio-



So kreativ kann Werbung für den BDS gestaltet werden

nen zusammenzustellen und dort ebenfalls zu zeigen.

Im Augenblick befindet sich das Schaufenster beim Mitglied des Leitungsteams, Petra Grotelüsch-Serafim, die auch die

Dekoration übernommen hat. Sie würden sich über weitere BDS-Mitglieder, die Interesse anmelden, das Schaufenster für ein paar Wochen zu übernehmen, um eine BDS-Aktion zu bewerben, freuen. Wichtig wäre nur, dass der Betrieb über ein geeignetes Schaufenster in gut sichtbarer Lage verfügt, in dem das Ganze präsentiert werden kann.

Grundsätzlich hat der Verein nach Möglichkeiten gesucht, möglichst unkompliziert und kontinuierlich Präsenz zu zeigen. Vielleicht ja auch eine Idee für andere Ortsvereine – den BDS Mannheim-Seckenheim würde es natürlich freuen! Bei all diesen Überlegungen und der Frage nach der Umsetzbarkeit von Aktionen u. ä. spielt es eine große Rolle, dass der Ortsverein seit einigen Jahren nicht mehr nach der klassischen Vorstandshierarchie agiert, sondern sich ein Leitungsteam aus vier gleichberechtigten Vorständen aufgestellt hat. Das Arbeiten als Team erleichtert vieles und fördert die Kreativität. Parallel haben sie das BDS-Schaufenster natürlich auch unter www.bds-seckenheim.de und per Mitglieder-Newsletter kommuniziert. ■

Ankündigung

BDS-Akademie: „Gewinnen Sie durch Fördermittel“

Wollten Sie schon immer wissen, wie Sie mit Ihrem kleinen oder mittelständischen Unternehmen am besten an staatliche Fördermittel kommen? Dann kommen Sie zu unserem BDS-Seminar: „Gewinnen Sie durch Fördermittel“. Hier vermitteln Fachleute Basiswissen zu den Themen Beratungsförderung und geförderte Finanzierungen.

Die erste Veranstaltung zu diesem Thema findet am **16. Mai 2017 um 18.00 Uhr** in der **VR-Bank Rhein-Neckar in Mannheim-Seckenheim** statt. Anmeldeöglichkeit und weitere Informationen finden Sie unter www.bds-akademie.org



IMPRESSUM

Der Selbständige

Regionalteil Baden-Württemberg
Präsident: RA Günther Hieber
Hauptgeschäftsführer: RA Joachim W. Dörr
Redaktion: Nadine Münch, Diplom Politik- & Kommunikationswissenschaftlerin
Layout: Joachim Schäfer

Fotos und Grafiken: BDS Baden-Württemberg
BDS Baden-Württemberg e.V., Taubenheimstraße 24, 70372 Stuttgart Bad Cannstatt
Telefon 0711/95 46 68-0
Fax 0711/95 46 68-33
www.bds-bw.de
E-Mail: presse@bds-bw.de

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte, Vorlagen und Zeichnungen übernehmen wir keine Gewähr. Die Urheberrechte an Annoncen (bei eigener Gestaltung), Entwürfen, Fotos und Vorlagen sowie der gesamten grafischen Gestaltung liegen bei K6 Medien/Alves, Dortmund, und dürfen nur mit ausdrücklicher,

schriftlicher Genehmigung weiterverwendet werden.

Hinweis: In allen Fällen, in denen die neue Rechtschreibung mehrere Schreibweisen zulässt, wird die von der Dudenredaktion empfohlene Schreibung angewandt.

2017/2018 – Dominieren die Chancen?

Veranstaltungsankündigung: Folker Hellmeyer zu Gast beim BDS

Am 23. Juni 2017 um 18.30 Uhr lädt Sie der BDS-Landesverband in der Sparkassenakademie in Stuttgart zur hochkarätigen Veranstaltung mit Folker Hellmeyer, dem Chefanalysten der Bremer Landesbank und Herausgeber des Forex-Reports ein. Er wird zum Thema „2017/2018 – Dominieren die Chancen?“ spannende Fragen beantworten, beispielsweise: Warum ist Aristoteles wichtiger denn je? Oder warum ist die USA in einer kritischeren Situation als 2009 zur Zeit der Lehman-Pleite? BDS-Präsident Günther Hieber wird die Veranstaltung eröffnen und der Präsident des baden-württembergischen Sparkassenverbandes, Peter Schneider, hält ein Grußwort. Der Sparkassenverband ist Unterstützer der Veranstaltung. Zum Abschluss treffen sich alle bei einem gemütlichen Get together mit leckerem Flying Buffet. BDS-Mitglieder zahlen 50 Euro, Nichtmitglieder 75 Euro. Weitere Informationen entnehmen Sie bitte der Homepage www.bds-bw.de

Wir haben Folker Hellmeyer vorab für Sie interviewt, damit Sie sich schon einmal auf die Veranstaltung einstimmen können:

1. Wie beurteilen Sie die EZB-Politik

a) hinsichtlich des Anleihekaufs von monatlich 60 Milliarden Euro?

Dieses Programm ist ambitioniert. Hinsichtlich der aktuellen Konjunktur- als auch Strukturfrage ist es sogar unangemessen. Die Eurozone erfreut sich des höchsten Wachstums seit 2011, die Arbeitslosigkeit liegt auf dem Tiefpunkt seit Juli 2009, die öffentliche Haushaltslage der Eurozone oszilliert bei Defiziten unterhalb von 2% des BIP und die Frühindikatoren implizieren eine Erhöhung der wirtschaftlichen Dynamik.

b) hinsichtlich der Nullzinspolitik und ihren Auswirkungen?

Vor dem Hintergrund der Konjunktur- und Strukturfrage ist eine Fortsetzung dieser Notfallpolitik mit Risiken behaftet, da Versicherungen, Pensionskassen und andere Kapitalsammelstellen durch diese Politik zunehmend gefährdet werden. Anders ausgedrückt ist ein positiver Grenznutzen nicht nachhaltig erkennbar. Der Ausstieg aus dieser Zinspolitik ist überfällig.



Folker Hellmeyer ist Chefanalyst der Bremer Landesbank

2. Welche Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft sehen Sie im Brexit?

Ich bin entspannt. Wir werden perspektivisch weniger in das UK exportieren. Im Gegenzug werden dafür Produktionsstätten aus dem UK in die Eurozone verlagert. Laut einer Umfrage von Ernst & Young plant jedes siebte Unternehmen Produktionsstättenverlagerungen aus dem UK in die Eurozone. Damit findet hier die Wirtschaftsleistung statt. Hier wird die Lohnsumme und werden die Sozialkontributionen erhöht. Das wiegt den Exportverlust mehr als auf. Mehr noch gewinnt die EU mehr Handlungsfähigkeit bezüglich einer notwendigen Integration und Neuausrichtung.

3. Welche Auswirkungen wird die protektionistische Politik Trumps auf Deutsch-

lands Wirtschaft und speziell auf die Wirtschaft des Mittelstands haben?

Das lässt sich noch nicht vollständig abschätzen. Fakt ist, dass viele der Güter, die aus Deutschland in die USA exportiert werden, nicht in der Qualität in den USA herstellbar sind. Mehr noch ist die deutsche Wirtschaft in den USA aktiv und steht für nachhaltige Beschäftigungsverhältnisse hochwertiger Natur. Mein Fazit lautet, dass die scheinbar „heiße Suppe“ am Ende viel weniger heiß ausgelöffelt wird. Sie sehen mich auch hier nicht nervös.

4. Auf was sollte sich der Mittelstand generell einstellen, um in Zukunft am Markt gut aufgestellt zu sein?

Die globale Wachstumsstory ist intakt. Die aufstrebenden Länder unter Führung der Achse China/Russland/Indien liefern mit Projekten wie der Seidenstraße den entscheidenden Unterton. Selbsttragende Kräfte in der Ökonomie der Eurozone sind solide Grundbasis. Entscheidend ist es für den Mittelstand, die Herausforderungen in der Digitalisierung 4.0 aktiv anzunehmen und zu gestalten. Die Exportausrichtung muss stärker in Richtung der aufstrebenden Länder gehen. Dort ist ein Basiswachstum von mindestens 4% gegeben.

5. Was halten Sie von einem Bargeldverbot?

Ich votiere stringent gegen ein Bargeldverbot. Das hat zwei Hintergründe. Das Privatleben muss privat bleiben. Dazu gehört auch das diskretionäre Konsumverhalten ohne Überwachung durch Bits und Bytes. ■



Konferenzsaal der Sparkassenakademie Baden-Württemberg

Aktuelle Termine der BDS-Orts- und Kreisverbände

30.04./01.05.2017	GV Burgrieden-Achstetten: Leistungsschau
01.05.2017	RGV Rheinau: Maibaum 2017
03.05.2017	BDS Besigheim: 22. Unternehmerfrühstück
06.05.2017	BDS Besigheim: Führung durch die „Sammlung Zander“ im Bönningheimer Schloss
06.05.2017	Leimen Aktiv: Maibaumfest mit Fassanstich
08.05.2017	Ortsverband Schrozberg: Einbruchsschutz an gewerblichen Objekten
09.05.2017	Gewerbeverein Keltern: Vorstandssitzung BDS Keltern
09.05.2017	BDS Michelfeld: Besichtigung Firma Blechtechnik
09.05.2017	BDS Michelfeld: Mitgliederversammlung
11.05.2017	GHV Hüttlingen: Original Hüttlinger Schnäppchenmarkt
12.05.2017	BDS Stuttgart-Vaihingen-Rohr-Büsnau-Dachswald-Dürtlewang: Kulinarischer Abendrundgang durch Vaihingen
12.05.2017	BDS Immendingen: Generalversammlung
13.05.2017	RGV Rheinau: Lange Nacht der Espressi
14.05.2017	Ortsverband Schrozberg: Schrozberger Sommer 2017 mit Oldtimer-Rallye
18.05.2017	BDS Leinfelden-Echterdingen: Mitgliederversammlung WG Echterdingen
21.05.2017	GHV Stuttgart-Feuerbach: Feuerbach bewegt – Die 4. Gesundheitsmesse „Gesund, Fit und Schön“ mit Aktionswoche vom 22. - 26. Mai
21.05.2017	BDS Adelmansfelden: 2. Adelmansfelder Frühling
21.05.2017	GV Rauenberg: Verkaufsoffener Sonntag mit Gewerbeschau
28.05.2017	HGV Rosengarten: Bouleturnier
01.06.2017	GV Illingen: 4. Sitzung Vorstand Ausschuss
02.06.2017	Leimen Aktiv: Spargelessen für Mitglieder

Weitere Termine immer aktuell unter www.bds-bw.de/termine



Ankündigung

Frühschoppen des Kurpfälzer Mittelstands auf dem Maimarkt

Am 07. Mai 2017 ab 10.00 Uhr findet wieder der jährliche Frühschoppen des Kurpfälzer Mittelstandes auf dem Maimarkt in Mannheim statt. Bei der Gemeinschaftsveranstaltung der BDS-Kreisverbände Mannheim und Rhein-Neckar mit den MIT-Kreisverbänden, der Kreishandwerkerschaft und dem Kreisbauernverband ist der Festredner dieses Jahr Peter Altmaier MdB (CDU), Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes. Die 39. Mittelstandskundgebung hat das Thema „Deutschland im Jahre 2017 – auf den Mittelstand kommt es an!“

Chef des Kanzleramtes Peter Altmaier MdB

Quelle: Bundesregierung/Fotograf Kugler, Steffen

Hand in Hand ist ...

... nicht alleine dazustehen, wenn das Leben mal eine Verschnaufpause braucht.

Jetzt
Angebot
anfordern

Hand in Hand ist ...

HanseMerkur



Die Krankenversicherung, die zu Ihnen passt:
Exklusive **BDS Sonderkonditionen**
im Rahmenvertrag 2017

GESCHÄFTSSTELLENLEITER
OLIVER KRÖTER

Nymphenburger Str. 13-15 · 80335 München
Mobil 0179 4816065 · Fax 040 41199675876
E-Mail oliver.kroeter@hansemerkur.de